

Politische Notizen.

Die beiden Frachthöfe.

Von befreundeter Seite schreibt man uns: Die leitenden Persönlichkeiten des Demofratischen Handlungsgehilfenverbandes können sich nicht genug tun, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit in schmähtigen Redensarten auf die vaterländischen Ziele ihres Verbandes hinzuwirken. Eine eigenartige Beleuchtung erhält diese trübselige Einstellung durch folgenden Vorgang:

Für den 5. März hatte die D.H.B.-Druckgruppe Stettin schriftlich und durch das Gaublatt für Brandenburg-Kommern zu einem Mastenball eingeladen, den man als **Großplatztag in Genf**

bezeichnete. Auf diesem Mastenball erschien der Hauptvertrauensmann des D.H.B., dergestalt kostümiert, daß der eine seiner Frachthöfe mit den Farben schwarz-weiß-rot und der andere mit den Farben schwarz-rot-gelb befestigt war. Angesichts der Bemühungen der deutschen Vertreter, die gewiß weder lustigen noch feilschen, sondern überaus schwierigen Verhandlungen in Genf zu einem guten Ende für die deutschen Interessen zu führen, kann eine derartige Verächtlichmachung der Genfer Tagung nicht scharf genug verurteilt werden.

Wir überlassen es dem Urteil unserer Leser, wie sie diese grobe Geschmacklosigkeit bewerten wollen. Eins steht jedoch fest: durch solche „Fischingsherz“ beweist man nur, wie gleichgültig das Schicksal des deutschen Volkes beurteilt wird.

Dr. Thiele's Beurteilung.

Strafverurteilung mit Einkommensminderung.

Vor dem Disziplinarrat war ein Disziplinarverfahren gegen den Gerichtsarzt Dr. Thiele anhängig gemacht, da gegen ihn Vorwürfe bei der Behandlung des ehemaligen Reichspostministers Dr. Hoffe und sonstiger Parteien im Untersuchungsgefängnis erhoben wurden. Nach mehrwöchiger Verhandlung ist am Freitag folgendes Urteil ausgesprochen worden:

Der angeforderte Strafantrittsmedizinalrat Dr. Thiele wird wegen Dienstvergehen mit Verweisung in ein anderes Amt von gleichem Range, jedoch mit Verminderung des Dienstvermögens um 10 Prozent auf die Dauer von drei Jahren bestraft.

Heer von Reubell und der Artikel 48.

Wie verlautet, legt der neue Reichsinnenminister von Reubell besonderen Wert auf eine schnelle Verabschiedung des Ausführungsgesetzes zum Artikel 48 der Weimarer Verfassung. Neben Besprechungen der Reichstagsfraktion ist eine Fühlungsreise mit den Landesregierungen aufgenommen worden, um die strittigen Fragen dieses Gesetzesentwurfes zu klären. Wenn das Gesetz dem Reichstagsrat und den gesetzgebenden Körperschaften zur Beschlußfassung vorgelegt wird, ist noch unbestimmt, merkwürdig ist es aber, daß gerade Herr von Reubell besonders darauf bedacht ist, dieses Gesetz unter seiner Ministerchaft und unter Mitwirkung des neuen Leiters der Verfassungsausschüsse des Reichsministeriums des Innern zur Erledigung zu bringen.

Bauernpolitik tut not!

Unter dieser Überschrift die „Deutsche Bauernzeitung“, das Organ des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe, aus Anlaß der Gründung der „Deutschen Bauernschaft“. Warum haben die Bauernländer jenseits unserer Grenzen in der landwirtschaftlichen Produktion und in der marktgängigen Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse um den Rang abgelaufen? Weil die deutsche Agrarpolitik für den Bauernstand unsichtbar gelassen ist, weil sie an jenen Widerstand scheiterte, dem Großgrundbesitz seine Vorrechte und seine Herrschaft und seinen übermäßigen Schutz erhalten und gleichzeitig auch den Bauernstand zufriedenzustellen und vorwärts bringen zu wollen. Niemand kann zweien Herren dienen. Bauernpolitik wird erst gelingen, wenn der deutsche Bauernstand, dieses schlafende Heer, zu einer Schicksalsgemeinschaft geeinigt, mit wachrem dauerlichen Geiste erfüllt, sich unter dauerlichen Führern in unseren Staats- und Wirtschaftsorganismen lebendig einordnet.

Wage zum Einheitsstaat.

Die von Senator Dr. Eubmann herausgegebene, in Hamburg erscheinende Wochenzeitschrift „Deutsche Einheit“ hat anläßlich des Hamburger Parteitages der Deutschen Demokratischen Partei, auf dem an erster Stelle das Problem des deutschen Einheitsstaates behandelt worden ist, eine Rundfrage an eine Anzahl führender Demokraten über dies Problem gerichtet und veröffentlicht nunmehr in ihrer neuesten Nummer die Antworten. Obwohl ein großer Teil der Befragten inzwischen bereits auf dem Parteitag selbst seine Meinung zu der Frage geäußert hat, büßen diese schriftlichen Rundbeantwortungen von ihrem Werte nichts ein und verdienen auch nachträglich fleißig gelesen und durchdacht zu werden. Wir zitieren hier nur die knapp formulierte Antwort des Abgeordneten Koch-Weser, der sich wie folgt ausdrückt:

„Es gibt keinen gefundenen Föderalismus, sondern nur ein entmenschenwürdiges dynastisches Parlamentarismus, der sich gegen Kaiser und Reich behrte, der deutsche Länder im Wandertampfer zerstückelte und dem Einheitsstaat Frank-

reich den Weg an den deutschen Rhein geöffnet hat. Für den Föderalismus eintreten, heißt, den tausendjährigen Streit deutscher Fürst gegen Kaiser und Reich fortsetzen. Für den deutschen Einheitsstaat kämpfen, heißt, die tausendjährige Sehnsucht des deutschen Volkes nach der deutschen Einheit vollenden.“

Weiter haben sich geäußert Professor Dr. Hellpach, Reichsminister a. D. Dr. Rätz, Oberbürgermeister Platen-Hamburg, Oberbürgermeister Dr. Kuppe, der bayerische Landtagsabgeordnete Scheibitz und Heinrich Mann, wozu dann noch ein längerer Aufsatz des früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Zick über Einheitsstaat und Föderalismus kommt.

Abgeordneter Ziegler, Delegierter für Genf.

Am 25. Mai beginnt in Genf, einberufen vom Internationalen Arbeitsamt, eine Konferenz, die sich mit Fragen der Sozialversicherung, des Heimarbeitergesetzes und des Koalitionsrechtes beschäftigen wird. Die deutsche Delegation wird geführt von Ministerialdirektor Griseo aus dem Reichsarbeitsministerium. Unter der der deutschen Kommission beigegebenen Sachverständigen befindet sich auch der demokratische Reichstagsabgeordnete Ziegler für das Gebiet der Sozialversicherung.

Ein Echo aus der Bauernschaft.

Der Entwurf des demokratischen Agrarprogramms, der jetzt vor dem Parteitag in Hamburg ratifiziert worden ist, findet in der „Deutschen Bauernzeitung“, dem Organ des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe, sehr freundliche Anerkennung. In einem besonderen Leitartikel, der noch vor der Hamburger Tagung der Demokraten geschrieben worden ist, wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Demokratische Partei in Hamburg „ein Agrarprogramm annimmt, das dem deutschen Bauernstand den Weg zur Genesung und zu neuer Blüte ebnet und daß nicht nur bei der ländlichen Bevölkerung, sondern auch bei den anderen politischen Parteien und bei den landwirtschaftlichen Organisationen Anerkennung findet.“ Insbesondere wird es gut geheißen, daß in dem demokratischen Agrarprogramm das Bekenntnis zu einer zielbewußten Bauernpolitik ausgesprochen wird — wobei wir darauf hinweisen möchten, daß der Parteitag in Hamburg dem Programm ausdrücklich den offiziellen Titel „Bauernprogramm“ gegeben hat. Schließlich stellt die „Deutsche Bauernzeitung“ fest, „daß alles in allem ein gaudubndhafter und an den tatsächlichen Verhältnissen orientierter bauernfreundlicher Programmentwurf vorliegt, der voraussichtlich kaum wesentliche Änderungen erfahren wird.“

Freundlichkeiten für Stresemann.

In der „Deutschen Zeitung“ schreibt Wulle über den Plawener Prozeß: „Uns kann selbstverständlich das Urteil nicht beirren, im Gegenteil: Ich setze mich nicht weniger dem Plawener Kämpfer, dessen Mut und Geschäftigkeit in bester Zeit doppelt wohl tun, die Hand. Wir stehen an seiner Seite, wenn er jetzt den Kampf vor einem anderen Gericht weiter kämpft und hoffen mit ihm, daß ihm dort das Recht wird, das sein mutiges Eintreten für Wahrheit und Gerechtigkeit verdient.“

Das in Berlin erscheinende demofratische Wochenblatt „Deutscher Wochenbote“ schreibt unter der Überschrift „Zwei Monate Reichsregierung: „Das Kabinett hat jetzt die Auftragsarbeiten beendet und kann an den Neuanfang gehen. Eine der wesentlichsten Aufgaben hierbei ist eine völlig einheitliche Führung der auswärtigen Politik, die leider bei den Genfer Völkerverhandlungen noch gefehlt hat.“

Parteinachrichten.

Aus dem Provinziallandtag Sachsen.
Die Provinzialumlage ist auf 15 Prozent festgesetzt mit der Maßgabe, daß der Provinzialausgleich ermäßigt ist, die Umlage im 2. Halbjahr zu ermäßigen, falls der auf Antrag des Volksanwaltschafts für Beamtenbeholdungsverbesserungen eingestellter Betrag von 300 000 RM. nicht gebraucht wird.

In dem Haushaltsplan der Provinz ist zur Förderung des Handwerks der außerordentlich geringe Betrag von 3000 RM. eingestellt worden.

Reise des Abgeordneten Wieland nach Amerika.
Der demokratische Reichstagsabgeordnete Geheimrat Dr. ing. Philipp Wieland-Ulm hat sich zu einer Studienreise nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika eingeschifft. Die Reise dient dem Zweck des Studiums der amerikanischen Wirtschaft, insbesondere der Metallwirtschaft und ihrer Betriebe. Außerdem will Geheimrat Wieland in Washington die Staatsregierung der Vereinigten Staaten studieren. Er hat sich zu diesem Zweck von dem amerikanischen Botschafter in Berlin an den Budget-Direktor ein Empfehlungsschreiben geben lassen, dem es gelungen ist, in den letzten Jahren die großen Erparnisse im Interesse der amerikanischen Steuerzahler zu erzielen.

Demokraten in der Thüringer Regierung.
Der neue Thüringische Staatsminister für Inneres und Wirtschaft, Dr. Arnold Paulsen, war 1924 Vortragen-

der Rat im Großherzoglichen Finanzdepartement. Im März 1899 wurde er stellvertretender Bevollmächtigter des Bundesrats für die meisten thüringischen Staaten. Im Jahre 1907 übernahm er das Department des Innern und Leuten im Weimarer Staatsministerium und hatte hier Gelegenheit, seine liberalen Anschauungen durch die Schaffung eines neuen Landtagswahlgesetzes zu bewahren. Paulsen wurde nach dem Umsturz im Jahre 1919 in den Weimarer Landtag gewählt und zum Vorsitzenden des Staatsministeriums berufen. Unter seiner Mitarbeit bei der Zusammenfassung der thüringischen Staaten wurden die Verfassungen der ersten thüringischen Staatsministerien und zugleich Minister für Volksbildung und Justiz. Im Jahre 1921 trat er zurück. Er ist 1881 in Gotha geboren, wurde dann Redakteur und war bis zum Jahre 1921 Schriftleiter der „Sonneberg-Zeitung“. Von hier berief man ihn als volkswirtschaftlichen Mitarbeiter in die Generaldirektion des Verbandes Deutscher Porzellan-Geschirrfabrikanten. Vom Jahre 19 an gehörte er dem Landtag von Sachsen-Meiningen als Abgeordneter bis zur Auflösung des Landes an.

Gedenksfeier für Professor Crüger.

In dem neu errichteten Grabmal des Justizrats Professor Dr. Hans Crüger veranfaßte der Deutsche Genossenschaftsverband zu Ehren des tatkräftigen Förderers des deutschen Genossenschaftswesens am 1. Mai eine Gedenksfeier. An dieser Feier nahmen für die Demokratische Fraktion des Reichstages Landtags, der Crüger seiner Zeit selbst angehörte, die Abgeordneten Kriebel und Grauert teil.

Bezirk Magdeburg.

Beranftaltungen

Deutscher Demokratischer Partei, Ortsgruppe Magdeburg.

Geschäftsführender Ausschuss: Montag, den 16. Mai, abends 7 1/2 Uhr in der Geschäftsstelle, Breiterweg 11 bis 140.

Stammisch: Dienstag, den 10. Mai, abends 8 Uhr im Hotel „Weißer Bär“, Weinstraße 6. Erwünscht ist stete Beteiligung.

D. D. P. Magdeburg. Sonntag, den 8. Mai, vormittags 11 Uhr in der Freundschaft, Prälatenstraße 3. Politische Aussprache Redner Prof. D. Götz Leipzig, W. d. R. Eingeführte Gäste haben Zutritt.

D. D. P. Altstadt-Süd: Dienstag, den 10. Mai, abends 8 Uhr im Restaurant „Zum Taubenring“ (Taubenringstr. 6. **Vortragsabend, Stadtrat Kobelt:** „Die städtische Schlacht- und Viehhof.“ Stadtd. Dürre: „Eindruck und Verlauf des Hamburger Parteitages.“ Gäste haben Zutritt.

D. D. P. Frauengruppe. Donnerstag, den 12. Mai, nachmittags 4 Uhr, Vortrag im Hotel „Weißer Bär“, Pr. W. 111/10 d. Berlin spricht über „Frauenarbeit und Volkserwerb.“ Eingeführte Gäste herzlich willkommen.

Demokratische Jugend: Freitag, den 13. Mai, abends 8 Uhr, im Franke-Jugendheim, Zimmer 8, Harnackend.

Umland-Bund: Sonntag, den 15. Mai, Fahrt nach Potsdam. Anmeldungen nach dem Parteibüro.

Protekt gegen Gewerbesteuer und Kommunalisierung.

Das Magdeburger Handwerk hielt am letzten Montag in der „Freundschaft“ eine stark besuchte Versammlung ab, in der zwei Entschlüsse angenommen wurden und zwar:

1. Zur Steuerpolitik.

Das Handwerk nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß die endgültige Regelung des Finanzausgleichs wiederum verschoben ist; es verlangt sofortige Einleitung von Maßnahmen mit dem Ziel einer durchgreifenden Steuerreform zur Vereinfachung und Zusammenfassung der Steuern, insbesondere zur Herabminderung der unerträglichen Belastung durch die Realsteuern.

Das Handwerk verfolgt mit Bedauern das Vorgehen der Gemeinden, die durch die Neuregelung der Gewerbesteuer des Reichstages Landesgesetz für das Rechnungsjahr 1927 geschaffenen Überbungen in Form erhöhter Zuschläge auszugleichen und darüber hinaus noch zu erhöhen. Das Handwerk als der Hauptträger der gemeindlichen Lasten verlangt, daß die Steuerträger nicht schon seit Jahren angepaßt an einen Abbau der Realsteuern.

2. Zur Frage der Kreisverträge.

Das Handwerk sieht mit Bedauern die anhaltenden Tendenzen der Gemeinden, durch Ausbaustädtischer Regierbetriebe das bodenständige Gewerbe vor die Gefahr der Erstarrungsverfälschung zu stellen. Es ermahnt die Staatsregierung dringend, der Anregung des Reichstages Folge zu leisten und auf die

D. D. P. Magdeburg

Reichstagsabgeordneter Professor Dr. Goek

spricht am Sonntag, den 8. Mai, vormittags 11 Uhr, in der „Freundschaft“

machen auch unsere Parteifreunde auf diesen Vortrag besonders aufmerksam, weil diese Verammlung des Handwerktages eine öffentliche ist und also von jedem besucht werden kann.

Soziales.

Erhöhung der Beiträge in der Invalidenversicherung.

Nach dem nunmehr geltenden Gesetz stellen sich die Beiträge in der Invalidenversicherung nach Aufstellung einer neuen Lohnklasse VII für einen Wochenverdienst von über

36 Reichsmark in der Lohnklasse:

I	30 (bisher 25) Reichspfennig,
II	66 (" 50) " "
III	90 (" 75) " "
IV	120 (" 100) " "
V	150 (" 120) " "
VI	180 (" 140) " "
VII	200 " "

Mit dem 27. Juni 1927 treten die neuen Beitragssätze in Kraft. Vom 1. August 1927 sind rückständige Beiträge nach den neuen Sätzen zu entrichten. Jedoch gilt die neue

Lohnklasse VII erst ab 1. Januar 1928, und sind bis dahin den Versicherten, deren Wochenverdienst 36 Reichsmark übersteigt, Beiträge nach Klasse VI (1,80 RM.) vorzuzahlen. Die Beiträge in der neuen Lohnklasse VII sind in Abzug zu bringen.

Neue Bücher.

Der Kampf um die Reichsfarben! Im Turm lag M. S. Lampe-Göttingen ist eine Broschüre über die Reichsfarben, die im Jahre 1918, als die Reichsfarben durch die neuen Reichsfarben ersetzt wurden, erschienen. Die Geschichte der deutschen Farben" von D. von ... zum Preise von 80 Pfg. erschienen.

Florentiner-Hüte

die große
Model



Florentiner Hut mit entzückender Blütentuff **16⁵⁰**

Florentiner Hut mit reizender Band- und Blumengarnitur **19⁵⁰**

Verkauf
1. Stock

Jugendlicher Seidenhut aparte Verarbeitung, mit Litznadel **2⁹⁵**

Damenhut jugendliche Aufschlagform, aus Strohhaut, mit aparter Fächerornitur **4⁹⁵**

Frauenhut extra große Weiten, aus moderner Phantasieborste, mit Rinsband verarbeitet **5⁹⁵**

Jugendlicher Hut echt Gagelstroh, Kappenkopf, auch für Bubiköpfe **5⁹⁵**

Damenhut kleidsame Schute, aus modern meliertem Phantasiestroh **6⁹⁰**

Flotter Damenhut entzückende aufgeschlagene Form mit Nadelgarnitur **7⁹⁰**

Damenhut echt Plootstroh, mit reizender Blumengarnitur, in modernen Farbtönen **9⁷⁵**

Lange & Münzer

Breiteweg 51-52

In unserem Spezialgeschäft



Jakobstraße 42

finden Sie eine **große Auswahl** in

Wachseiden, moderne Muster 2.50 2.25 1.80 **1.40**

Kunstseiden in diversen Farben 2.- 1.75 **1.25**

Crêpe-marocaine 4.05 **3.50**

Volle, bedruckt 2.75 **2.25**

Wollmusseline, neue Muster 3.40 2.75 **1.60**

Baumwollmusseline 1.05 0.82 0.74 **0.65**

Unsere Schuhwaren-Abteilung

bringt wunderbare Neuheiten in Damenhalbschuhen in Lack, Nubuck, Kroko und hellfarbigen Damenhalbschuhen

Konsum-Verein für Magdeburg und Umgegend

Möbel
Serren, Speise-,
Schlafzimmer
eiche u. limtiert
Küchen und einzelne
nüss. Schränke
u. Verkle
Gottfr. Heinrich
Fischermeister
Schönebeckstr. 9.

D. D. P.
Fernsprecher
8095

Salzquelle

Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Hohenzollern-Park

Jeden Dienstag, Mittwoch
Donnerstag ab 3 1/2 Uhr
Kaffee-Konzert
mit
Kleinkunst-Bühne.

Auto-Privat-Fahrschule
Ob.-Ing. Val. Bohland
gerichtlich beedigter Sachverständiger
für das Kraftfahren.

**Ausbildung von Kraftfahrzeugführern
zu kulantesten Bedingungen und
mit bestem Erfolg.**

Magdeburg - Wilhelmshaus - Eing. Editharing
Tel. 6354. 3 Minuten v. Hauptbahnhof. Tel. 6354.

**Hotel u. Restaurant
„Weißer Bär“**

Bes. Ad. Thurnagel.

PETZON

Magdeburg Breiter
eine Treppe Weg 168

J. BORMANN

Große Münzstraße 2

Koffer :: Reisetaschen :: Damen-Handtaschen :: Besuchs-
taschen :: Aktenmappen :: Rucksäcke :: Sportartikel
sowie andere Geschenkartikel.

KAVAUMA

**KRANKKASSE DES
KAUFMÄNNISCHEN
VEREINS | GEGR. 1899**

**DIE BESTE
VERSICHERUNG
GEGEN
KRANKHEIT**

Franz Pützkuhl

Empfehle:
Hüte, Mägen, Schirme, Wä-
st, Krawatten, Stöcke, Handschu-
hosen, Hüte, etc.
Magdeburg - N
Lübecker Straße 120

**Kaufe
im
Konsumverein.**

Wilhelm Kobel's

ff. Wurstwaren

ff. Fleischwaren

ff. Wurst- u. Fleischw.-Fab

Magdeburg
Bärplatz Fernruf 728

Adressen

jeder Art, für Ihren Betrieb, liefert Ihnen
der bekannte Dresdener

Adressen-Verlag G. Müller

Dresden-N. 6, Königsbrücker Platz 2

(Bitte auf diese Zeitung Bezug zu nehmen)
Adressenkatalog mit ca. 6000 Serien kostenlos

**Freunde!
Werbt Leser!**

Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei.

II.

Der großdeutsche Einheitsstaat. Die Aussprache.

Der Abgeordnete K o s c h führte zum Groß-Hamburg-Problem aus, es sei ein Reichsinteresse, das ein leistungsfähiger Hafen vorhanden ist. Der Reichsinnenminister müsse die Bemittlung auf diesem Gebiet übernehmen und ein solches Bemittlungsangebot dürfe nicht abgelehnt werden.

Was den Einheitsstaat anlangt, so sei die deutsche Jugend und die deutsche Vergangenheit in ihren wesentlichen Trägern mit den Demokraten für den Unitarismus. Damit seien die Demokraten bessere Erben des Nationalliberalismus als diejenigen, die sich jüngst in Hannover dafür ausgaben.

Anstelle des erkrankten Professors A p e l t sprach dann der Lüneburger Oberbürgermeister L u p p e. Er führte aus: 1919 hätten wir alle gehofft, ein großes Stück weiter zum Ziele des Einheitsstaats zu kommen, als dann in Weimar erreicht wurde.

Stark ist aber die Gefahr, daß wir uns zwar dem Einheitsstaat nähern, aber vorher die Dezentralisation, die Selbstverwaltung, zerrütten. Würde diese Zerrüttung vollzogen sein, dann wäre ein Refusit erzielt, das wir nicht wollen.

Das zur Schaffung des notwendigen Einheitsstaates Preußen nicht zerrüttet zu werden braucht, ist heute selbstverständlich. Der ungelöste Gedanke, daß die anderen Länder in Preußen aufgehen sollten, wird auch nicht zum Ziele.

Diese einheitliche Forderung hat sich oft als sinnlos herausgestellt. Sinnlos ist die einheitliche Forderung des Existenzminimums für das kleinste öpreußische Dorf wie für die Weltstadt Berlin, als ob im kleinsten Dorf die Lebenskosten nicht höher wären als in der größten Stadt.

Zur Durchführung des Gedankens des Einheitsstaates sind zwei Wege gangbar. Einmal, daß die Zuständigkeit dieses ausgedehnt wird; zum anderen muß der Weg aufgegeben werden, daß die Länder freiwillig im Reiche aufgehen.

seinere Verabschiedung in sämtlichen Länderministerien durch Sachverständige vorberaten wird. Viele Länder haben garnicht die Möglichkeit, für jede derartige Frage Sachverständige einzusetzen.

Es handelt sich darum, ihnen den Weg zu zeigen, wie sie auf anständige Weise verschwinden können. Der Weg, in Preußen aufzugehen, ist ihnen zu genehmlich, würde auch Widerspruch der anderen größeren Länder, insbesondere der süddeutschen Staaten, herbeiführen und ist also nicht gangbar.

D. D. P. Magdeburg Altstadt-Süd. Dienstag, den 10. Mai, abends 8 Uhr in Restaurant „Zum Tauchstein“ (Lauerhagenstr. 6)

Vortragsabend 1. Der südliche Schlach und Viehhoj. Stadtrat W. Rohelt. 2. Eindruck und Verlauf des Hamburger Parteitages. Stabtd. D. Ulrr.

rot kann zunächst nichts geändert werden, weil dort jede Aenderung eine schwere Erschütterung hervorruft würde, in dem ohnehin schon fraglichen Stimmenapparat. Es muß daher ein Weg gefunden werden, der auch weiter eine Betretung der kleinen Länder im Reichsrat ermöglicht.

All diese schwierigen Umgeändungsprobleme könnten aber nur auf dem Wege über den Einheitsstaat wirklich restlos gelöst werden, nämlich durch eine Neuordnung der Landesgrenzen und durch das Zusammenrücken der wirtschaftlich zusammengehörigen Gebiete.

In der Aussprache nahm als erster Redner der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Uhoff das Wort, der sich zunächst zum Thema:

„Bundesstaat oder Einheitsstaat“

nach seinen Erfahrungen als preussischer Minister äußerte. Er besagte besonders auch aus außenpolitischen Gründen den Einheitsstaat als erstrebenswert. Das Verhältnis des Reiches zum größten Lande Preußen berage die Schwierigkeiten in sich, die auf dem Gebiete der Seidung und der Wasserstraßenverwaltung, die Beziehungen zwischen den beiden Verwaltungszentralen des Reiches und Preußens veranschaulichen ein Drittel der ganzen Arbeitskraft, die im preussischen Ministerium überhaupt aufgewandt werden müsse.

Reiches sei unhaltbar. Die Trennung von Gesetzgebung und Verwaltung müsse man als einen Krebsgeschaden bezeichnen. Die Verhandlungen über den Finanzausgleich zwischen dem Reiche und Preußen hätten zu erschütternden Kämpfen geführt. Sowohl im Reiche wie in Preußen seien eigene Steuererwartungen vorhanden, und die sich daraus ergebende Doppelarbeit werde unerträglich.

Ministerialdirektor Bö h s e - S a d h n wies darauf hin, daß bereits die Weimarer Verfassung die Wandlung vom Bundesstaat zum Einheitsstaat gebracht habe. Der deutsche Einheitsstaat müsse auf der Grundlage der Selbstverwaltung aufgebaut werden, was die Bildung eines besonderen preussischen Norddeutschlands ab.

Oberbürgermeister P e t e r j e n - H a m b u r g, mit Beifall begrüßt, erklärte, er könne nur unterstreichen, was der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Uhoff als preuß. Tradition dargestellt habe. Hoffentlich solle sich die die großzügige Auffassung Dr. Höpfer-Uhoffs auch in anderen preussischen Angelegenheiten durch.

Die große Mehrheit der Hamburger Bevölkerung sei der Auffassung, daß sie in erster Linie Deutsche sind. Die große Aufgabe der Demokratie sei, den deutschen Einheitsstaat zu schaffen. Dann müsse auch Hamburg, ebenso wie die anderen deutschen Länder im Interesse dieses großen Gedankens wirken.

das Reich der Kolonialländer der Länder war, sind die Länder heute dem die Einmachungen weg und vermehrt durch reichsrechtliche Vorschriften außerdem noch die Vorken der Länder. Dadurch wird alles, was Selbstverwaltung ist, geradezu gelöst.

Heute sind Hamburg insbesondere durch den letzten Finanzausgleich nicht einmal die richtigen Anteile ihres zugewonnen. Hamburg soll 5 Millionen jährlich weniger bekommen, nur weil die Bayerische Volkspartei erklärte, weniger zu wollen.

die Stimmen dort ebenso wie im Reichstag weniger nach allgemeinen deutschen, als nach bayerischen und preussischen Gesichtspunkten abgegeben werden. Sagt man noch, daß sogar bayerische sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, obwohl sie zur

Regierung in Opposition stehen, die Bayerische Volkspartei ermuntert haben, an ihrer Forderung festzuhalten, damit nur Bayern genug abkomme. Wir tranken an diesem Egoismus der einzelnen Länder.

Der Reichstag habe sich um die Groß-Hamburg-Frage leider seit gar nicht getümmelt. Die vom Reiche beschlossene Regelung der Groß-Hamburg-Frage scheiterte lediglich am Widerstande Preußens. Dr. Peterjens betonte, daß dieses Beispiel geige, wie unmäßig sich die Verhältnisse durch die Weimarer Verfassung gestaltet. Der Reichstag habe die Aufgabe, diese Dinge klarzustellen und jede prohezeigte Behandlung dieser Angelegenheit zu befähigen. Vor allem aber müsse vor einer großzügigen Verwaltungsreform in Deutschland eine Staatsreform durchgeführt werden. Der Reichstag müsse eine Kommission einsehen, die sich mit diesen Fragen befähigt und einen Entwurf ausarbeitet. Die vorgeschlagene Lösung durch ein größeres preußisches Norddeutschland müsse aber von den Demokraten abgelehnt werden, da dieser Weg über Großpreußen angeht der Haltung der süddeutschen Staaten zu einer neuen Mainlinie führen würde. (Sehr richtig!) Niemals könne das Ziel über ein Großpreußen führen.

Der Vorlesende der preussischen demokratischen Fraktion, Justizrat Falk-König, wies auf die Tatsache hin, daß Preußen drei Fünftel der gesamten deutschen Nation darstelle. Das Kernproblem liege in der Frage, was aus Preußen werden solle. Zwei Lösungen lägen im Bereich der Möglichkeit: entweder Preußen verschwindet, oder es bleibt und wird Kern für den neuen deutschen Einheitsstaat. Mit Nachdruck wies der Redner darauf hin, daß in und von Preußen die besten Bausteine zum deutschen Einheitsstaat gelegt worden seien. Preußen habe sich bemüht oder unbewußt bemüht, die besten Bausteine zum deutschen Einheitsstaat gelegt worden seien. Preußen habe sich bemüht oder unbewußt bemüht, die besten Bausteine zum deutschen Einheitsstaat gelegt worden seien. Preußen habe sich bemüht oder unbewußt bemüht, die besten Bausteine zum deutschen Einheitsstaat gelegt worden seien.

Dr. Fild-Witzburg bemerkte, daß die Einheit des Reiches nicht reines Recht durchzuführen ist. Es sei ein Stand, daß z. B. über Konfessionsangelegenheiten heute noch Staatsverträge abgeschlossen werden müßten, während die Reichsverfassung eine Konfessionsfreiheit vorsehe. Gegenwärtig sei die Reichsverfassung nicht reines Recht durchzuführen. Es sei ein Stand, daß z. B. über Konfessionsangelegenheiten heute noch Staatsverträge abgeschlossen werden müßten, während die Reichsverfassung eine Konfessionsfreiheit vorsehe. Gegenwärtig sei die Reichsverfassung nicht reines Recht durchzuführen.

Dr. Cognatkaid-Frankfurt a. Main wendete sich gegen die noch heute zu oft erscheinenden Nachwirkungen der Kleinstaaterei. Ein Zeitalter der Rationalisierung dürfe man nicht mehr die Kleinstaaterei gestatten. 3. A. Frankfurt a. Main wendete sich gegen die noch heute zu oft erscheinenden Nachwirkungen der Kleinstaaterei. Ein Zeitalter der Rationalisierung dürfe man nicht mehr die Kleinstaaterei gestatten. 3. A. Frankfurt a. Main wendete sich gegen die noch heute zu oft erscheinenden Nachwirkungen der Kleinstaaterei.

Bei seinen Ausführungen zu den Darlegungen der einzelnen Disziplinarredner hebt Koch hervor, daß eine interessante Statistik für den Einheitsstaat in den Verfassungen des Sparkommissars über die Verwaltung Braunschweigs vorhanden sei. Es ergebe sich aus dieser Statistik z. B., daß der Landtag in Preußen auf den Kopf der Bevölkerung 18 Pfennige, in Braunschweig 59 Pfennige koste, und daß der Reichstag jeden preussischen Bürger mit 31000 Pfennig, den braunschweigischen aber mit je 13 Pfennige belastet. Eine braunschweigische Zeitschrift für Rechtslehre (siehe weiterhin) sei in der Tat überholt zu sein (Seiterlei). Es seien noch eine große Menge Nummern in den Ländern zu befeitigen.

Zu Gebe z. B. auch in Hamburg noch heute mitten zwischen den alphabetisch aufgeführten Konsulaten noch solche fünf Sachsen, Sachsen-Weimar-Eisenach und verschiedene andere deutsche Länder. Die Selbstverwaltung müsse wieder durch verantwortliche Aufbringung der eigenen Mittel geführt werden. Wichtig sei eine umfangreiche Durchführung der Freigabezeit der Beamten zwischen Reich und Ländern. Ein großer Teil des kleinstaatlichen Elends liege darin begründet, daß nur so viele Beamte in den Ländern haben, die über die Grenze ihres eigenen Landes nicht hinausgehen. Der Antrag Luppe, die Zuließ schon jetzt zu ortsrechtlichen, fände durchaus seine Zustimmung. Es würde aber ein Fehler sein, schon jetzt klar auszusprechen, unter welchen Umständen einmal am Schluß der ganzen Entwicklung zum Einheitsstaat Preußen im Reiche aufgehen solle. Es sei gefährlich, über die Bildung eines großpreussigen zu einem Einheitsstaat gelangen zu wollen. Wenn es sich hier auch nur um eine Zwischenlösung handeln sollte, so muß doch mit Sicherheit damit gerechnet werden, daß die süddeutschen Staaten die Entlohnung machen werden. Vor diesem Wege könne nicht genug gewarnt werden. Auch müßte jeder Gegenstand zu Süddeutschland vertrieben werden. Man müßte jeder Süddeutschen vielmehr entgegenkommen durch die Tatsache: Antiarismus aber auch Zentralisation! In erster Linie komme es darauf an, an die Empfindung und Gewohnheit der deutschen Mitbürger zu appellieren, die Frage der Souveränität der Länder aus den Köpfen der Menschen herauszubringen und den politisch untragbaren gegenwärtigen Zustand immer wieder darzulegen.

Man müßte die Macht einer Einheitsbewegung in dieser Frage in Deutschland werden. Der Redner schloß seine Ausführungen mit den Worten: Ich bin ein Deutscher, und nur das deutsche Interesse kann in dieser Angelegenheit für mich maßgebend sein. Oberbürgermeister Dr. Luppe betonte in seinem Schlusswort die Notwendigkeit, die Bevölkerung für den Gedanken des Einheitsstaates zu gewinnen. Es sei falsch anzunehmen, daß in Deutschland nicht der größte Teil des Volkes von der Notwendigkeit des Einheitsstaates überzeugt sei. Auch in Bayern

Der frühere Reichsinnenminister Dr. K. A. 13 faßt seine Ausführungen in folgende programmatische Sätze zusammen: Die Struktur des Bismarckigen Reiches ist erledigt. Die Revolution hat die Strukturwandel des Reiches nicht erlaubt. Deshalb bleibt nur der Weg der Evolution übrig. Das Ziel wird nur in zwei Zwischenstappen erreicht werden: 1. Staaten, deren Eigenstaatlichkeit nur auf demnachstigen Treue und nicht auf eigener staatlicher Lebenskraft beruht, haben in der deutschen Republik keinen Raum mehr; 2. die Reichsregierung hat zur Vorbereitung des Einheitsstaates die ihr von der Verfassung gegebenen Befugnisse, sich bei allen reichsallgemeinen Angelegenheiten reiflos zu betätigen. Dr. K. A. 13 schloß als Lösung die Bildung von vier Reichsländern vor, und zwar 1. ein Reichsland im Norden: Preußen, um die Bildung der Mainlinie zu vermeiden, 2. ein Reichsland: Mitteldeutschland, das aus den Staaten der Provinz Sachsen, Thüringen, Hessen und den dazwischen liegenden preussischen Gebietsteilen besteht, 3. Süddeutschland und 4. Ostpreußen. Damit werde ein Prädominanz Preußens verhindert. Dr. K. A. 13 betonte, daß in erster Linie der Einheitsstaat nur erreicht werde durch eine Erziehung zum Einheitssozial. Man löse deshalb immer von einem Einheitssozial im Sinne der deutschen Nation sprechen. Hier liege eine große, denselben Aufgabe der demokratischen Partei.

Fischer-Stuttgart bezeichnete die angebotene Möglichkeit, daß etwa durch Schaffung eines norddeutschen Einheitsstaates ein süddeutsch-österreichischer Donaufaustart partikularistischer Art gefördert werden könne, als einen Selbstmordgedanken, der jedenfalls in Württemberg keinen Boden finde. Für die Erzielung des Einheitsstaates liege die Schaffung einer neuen wirtschaftsgemäßen Basis für den Geschichtsunterricht in allen Schulen notwendig. Wenn man aber dem ganzen Volke nicht wieder eine starke, zukunftweisende Idee gebe, dann werde die Staatsregeneration immer färfker werden.

Der badische Kultusminister P. v. S. erklärte, daß zwar in Baden Stimmung für den Einheitsstaat vorhanden sei, aber noch nicht so, daß man ohne Gefahr etwa mit der Migration dieses Gedankens in den Wahlkampf gehen könne. Es gebe eine Reihe berechtigter Einwände gegen eine rasche Durchführung der allseitigen Regierung Deutschlands von Berlin aus. Grundrhythmus liege man aber in Süddeutschland schon jetzt nicht mehr überall den Einheitsstaat ablehnend gegenüber, und es würde eine sehr große Gefahr sein, etwa die süddeutschen Staaten außerhalb der Befreiungen für den Einheitsstaat zu lassen. Die Reichsregierung müsse bestrebt sein, der Länderbenennung das Gefühl beizubringen, daß sie Vertrauen haben dürfe in eine Reichsregierung, die nicht bloß nach norddeutschen Begriffen arbeite.

Damit schloß die Aussprache. In seinen Schlusswort wendet sich Minister a. D. Koch gegen die von den Debatteuren gegen ihn erhobenen Vorwürfe, daß er mit zuviel Vorwitz an die Frage Groß-Hamburg und an die der Schöpfung der Reichseinheit auf dem Wege über ein großes Preußen herangekommen sei. Was zur Groß-Hamburg-Frage auf einem Reichstag gesprochen kam, habe der Demokratische Reichstag durchgeführt. Er sei sich einig darin, daß das Hamburger Referendum ein deutsches Interesse sei. (Sehr wohl!) Die Reichsregierung verweise die Artikel 18, 20, 21 des Reichs, dafür zu sorgen, daß überall in Deutschland die Grenzen so gezogen werden, daß die wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistungen erzielt werden können. Der Reichsinnenminister dürfe sich der Verpflichtung einer Vermittlung in solchen Konfliktfällen nicht entziehen.

Bei seinen Ausführungen zu den Darlegungen der einzelnen Disziplinarredner hebt Koch hervor, daß eine interessante Statistik für den Einheitsstaat in den Verfassungen des Sparkommissars über die Verwaltung Braunschweigs vorhanden sei. Es ergebe sich aus dieser Statistik z. B., daß der Landtag in Preußen auf den Kopf der Bevölkerung 18 Pfennige, in Braunschweig 59 Pfennige koste, und daß der Reichstag jeden preussischen Bürger mit 31000 Pfennig, den braunschweigischen aber mit je 13 Pfennige belastet. Eine braunschweigische Zeitschrift für Rechtslehre (siehe weiterhin) sei in der Tat überholt zu sein (Seiterlei). Es seien noch eine große Menge Nummern in den Ländern zu befeitigen.

Zu Gebe z. B. auch in Hamburg noch heute mitten zwischen den alphabetisch aufgeführten Konsulaten noch solche fünf Sachsen, Sachsen-Weimar-Eisenach und verschiedene andere deutsche Länder. Die Selbstverwaltung müsse wieder durch verantwortliche Aufbringung der eigenen Mittel geführt werden. Wichtig sei eine umfangreiche Durchführung der Freigabezeit der Beamten zwischen Reich und Ländern. Ein großer Teil des kleinstaatlichen Elends liege darin begründet, daß nur so viele Beamte in den Ländern haben, die über die Grenze ihres eigenen Landes nicht hinausgehen. Der Antrag Luppe, die Zuließ schon jetzt zu ortsrechtlichen, fände durchaus seine Zustimmung. Es würde aber ein Fehler sein, schon jetzt klar auszusprechen, unter welchen Umständen einmal am Schluß der ganzen Entwicklung zum Einheitsstaat Preußen im Reiche aufgehen solle. Es sei gefährlich, über die Bildung eines großpreussigen zu einem Einheitsstaat gelangen zu wollen. Wenn es sich hier auch nur um eine Zwischenlösung handeln sollte, so muß doch mit Sicherheit damit gerechnet werden, daß die süddeutschen Staaten die Entlohnung machen werden. Vor diesem Wege könne nicht genug gewarnt werden. Auch müßte jeder Gegenstand zu Süddeutschland vertrieben werden. Man müßte jeder Süddeutschen vielmehr entgegenkommen durch die Tatsache: Antiarismus aber auch Zentralisation! In erster Linie komme es darauf an, an die Empfindung und Gewohnheit der deutschen Mitbürger zu appellieren, die Frage der Souveränität der Länder aus den Köpfen der Menschen herauszubringen und den politisch untragbaren gegenwärtigen Zustand immer wieder darzulegen.

Man müßte die Macht einer Einheitsbewegung in dieser Frage in Deutschland werden. Der Redner schloß seine Ausführungen mit den Worten: Ich bin ein Deutscher, und nur das deutsche Interesse kann in dieser Angelegenheit für mich maßgebend sein. Oberbürgermeister Dr. Luppe betonte in seinem Schlusswort die Notwendigkeit, die Bevölkerung für den Gedanken des Einheitsstaates zu gewinnen. Es sei falsch anzunehmen, daß in Deutschland nicht der größte Teil des Volkes von der Notwendigkeit des Einheitsstaates überzeugt sei. Auch in Bayern

gewinne diese Ueberzeugung immer mehr an Boden. Die Hauptfrage für den Einheitsstaat sei eine große historische Aufgabe der Demokratischen Partei.

Darauf fand folgende Entschließung einstimmig Annahme: „Der 7. Reichstag billigt die Verträge des Reichstages in der Frage des Einheitsstaates. Er kann neuen Deutschen Reiche nur eine Souveränität, die in Weimarer Verfassung begründete Souveränität des deutschen Volkes. Der Reichstag bekennt sich zum dezentralisierten deutschen Einheitsstaat, weil er die Erfüllung des nach jeder der Nationalisierung die Reibungen und Verschwenken befeitigt werden müssen, die sich aus dem gegenwärtigen Zustande der Reichsregierung ergeben. Der Reichstag fordert die Entwicklung des deutschen Einheitsstaates bei allen gegebenen Maßnahmen einzuhalten im Auge zu fassen.“

Angenommen werden ferner folgende Anträge: „Der Reichstag ersucht die Reichstagsfraktion, im Reichstag die Uebernahme der Zuständigkeiten der Länder in Reichsverwaltung zu beantragen.“ „Der Reichstagsvorstand wird beauftragt, einen Ausschuss einzusetzen, welcher die Wege, die zum Einheitsstaat führen und bestimmte Vorschläge für die Durchführung erarbeitet.“

Die Demokratische Partei in Regierung und Opposition.

Reichstagsabgeordnete Dr. Gertraud Bäumer.

Die Redezeit führte aus: Die Parteigeschichte, die mein Bericht zu beleuchten reicht ungefähr von der Weimarer Verfassung von 1925 (der Weimarer Reichsverfassung) bis zur Reichsverfassung von 1933, deren Ausläufer und Wirkungen bis zu diesem Tage sind und sich noch nicht erschöpfen haben. Witten hinein fiel „Meine Kräfte“ des Vierzehntages im Mai.

Die politischen Zeichen, unter denen diese Periode begann waren die Locarnopolitik, die Deutschnationalen aus Regierung hinausdrückte, die Wirtschaftskrisis und ihre Folgen für den Arbeitsmarkt, die der Sozialdemokratie Eintritt in die Regierung inopportun erschienen ließ. So es zur Weimarer Reichsverfassung der Mitte, die auf der linken Seite im Mai nicht erweitert werden konnte, weil d wieder mit dem Volkseifer über die Fürsorge für den Staat, durch den die Sozialdemokratie sich für den Tag die regierungsunfähig gemacht hatte.

Die Aufgabe der Deutschen Demokratischen Partei in der Weimarer Reichsverfassung, die nur als Provisorium angelegt werden konnte, mußte darin bestehen, die Aufgabenpolitik durch und Streben zu führen, die Steuer- und Handelspolitik früheren Kabinetts Luther zu revidieren, innenpolitisch die Führung nach links zu erhalten und auf die große Koalition hinzuwirken. Es zeigte sich sehr bald, daß unter der Führung Luthers weder unter wirtschaftlichen und finanzpolitischen noch vor allem unter innenpolitischen Ziele zu erreichen war, daß die handelspolitischen Bindungen auch die Folge der Außenpolitik bedrohen. Innenpolitisch bedeutete der Republik den notwendigen Kurs eine Restriktion der Republik deren psychologischen Bedeutung und Tragweite, vor allem ihren psychologischen Wirkung, selber bis in unsere eigenen Reihen hinein unterwirft wurde. Nachschick wird aber zu sehen müßte, daß weltanschauliche politische Ziele nicht durchzuführen worden sind, daß wir eine Entfremdung herbeiführt hätten, was aber die Wirkung anderer Geschehnisse, die Luther fiel, in Verbindung mit der entscheidenden Hilfe des Jantemas gegenüber allen Versuchen der Rechten, a. Verfassungsrevision einzuleiten, daß die Gegner der Republik einsehen müßten, daß an ihren konstitutionellen Grundrhythmus nicht zu rütteln war. So verlegten sie die Angriffsbasis da ab noch entschlossener in die Republik selbst hinein.

Gegen diese Gefahr hätte die republikanische Front jener Zeit müssen als es war. Aus dem Gefühl dieser Unmöglichkeit machte Wirth seinen Vorstoß zur republikanischen Sammlung. Aber es fehlte diesem Vorstoß an überlegenem Mut. Es war zu spät, um das Zentrum von seinem Witz zu reißt und die Sozialdemokratie von ihrem Gleiten in links zurückzuholen. Jedemfalls war eine Weimarer Partei zu stark genug.

So kam es zu der Weimarer Reichsverfassung 1925. Die Weimarer Reichsverfassung von 1925 unterscheidet sich von beiden anderen dadurch, daß sie nicht durch eine sachliche Frage herbeigeführt wurde, sondern eine reine Weimarer Reichsverfassung, vor allem in unsere eigenen Reihen hinein unterwirft wurde. Nachschick wird aber zu sehen müßte, daß weltanschauliche politische Ziele nicht durchzuführen worden sind, daß wir eine Entfremdung herbeiführt hätten, was aber die Wirkung anderer Geschehnisse, die Luther fiel, in Verbindung mit der entscheidenden Hilfe des Jantemas gegenüber allen Versuchen der Rechten, a. Verfassungsrevision einzuleiten, daß die Gegner der Republik einsehen müßten, daß an ihren konstitutionellen Grundrhythmus nicht zu rütteln war. So verlegten sie die Angriffsbasis da ab noch entschlossener in die Republik selbst hinein.

Gegen diese Gefahr hätte die republikanische Front jener Zeit müssen als es war. Aus dem Gefühl dieser Unmöglichkeit machte Wirth seinen Vorstoß zur republikanischen Sammlung. Aber es fehlte diesem Vorstoß an überlegenem Mut. Es war zu spät, um das Zentrum von seinem Witz zu reißt und die Sozialdemokratie von ihrem Gleiten in links zurückzuholen. Jedemfalls war eine Weimarer Partei zu stark genug.

selben Gegenstände und dieselben Gefahren handelt, das beginnt jetzt den protestantischen Kreisen allmählich klar zu werden. Ein Reichschulgesetz — man braucht nur den Gutdächlichen Entwurf mit dem bayerischen Kontrakt zu vergleichen — vermag übrigens in seinem Inhalt genau denselben Gewissenszwang und Klerikalismus in die Schule zu tragen wie ein Kontrakt!

Seute sieht man, wie an dem Wort „Kontrakt“ die protestantische Bevölkerung aufwacht, und durch die geschichtlichen Erinnerungen, die mit diesem Begriff zusammenhängen, sich die Augen auch für die wichtigsten Fragen des Reichschulgesetzes öffnen, die sie vorher nicht erkannte. Der Evangelische Volksbund in Württemberg, der volksfrühliche Verband für evangelische Freiheit, die Organisationen der Religionslehrer, zahlreiche Einzelverbindungen von Gemeinden, pädagogischen und religiösen Vereinen zeigen die wachsende Klarheit.

Unsere Gegner, besonders die Deutschnationalen, führen natürlich den Kampf gegen uns alle gegen die religiöse Gleichgültigen, die kein Verständnis für „die Werte christlicher Erziehung“ haben.

Wir möchten mit Nachdruck betonen, daß auch die Grundlagen unserer Stellung religiöse Grundlagen sind. Aber wir wissen, daß nach dem Übermaß der Glaube sich nicht zwingen läßt, und gerade um der Unartbarkeit des Glaubens willen ist es uns ein unerträglicher Gedanke, daß der Staat sich dazu hergeben soll, direkt oder indirekt das religiöse Leben zu kontrollieren.

Wir wollen, daß die Schule die Einführung in Wesen und Lehre der Konfessionen als der geschichtlichen Träger des religiösen Lebens unter Wahrung voller Gewissensfreiheit für Kinder, Eltern und Lehrer anbietet, und wir sind sicher, daß ein in dieser Sphäre voller Freiheit lebender Religionsunterricht die reinsten und lebendigsten Wirkungen haben wird.

Die Elternrechte finden wir am besten gewährleistet, wo die Eltern nicht gezwungen sind, ihre Kinder in einer von ihnen überzeugungen abweichenden Art religiös erziehen zu lassen. Wo Eltern und Lehrer sich zur engeren religiösen Gefinnungsgemeinschaft in der Schule zusammenschließen, wollen wir ihnen die Wege öffnen, die die Verfassung ihnen weist.

Aber wir erkennen auch immer klar die Gefahren der „Antragschule“, je mehr der Schulpflicht in Fluß kommt. Die Förderung der Unterstellung des gesamten Unterrichts unter den Geist des Bekenntnisses hält die Volksschule in einem Zustand von nur 200 Jahren fest.

Im Gemeindeblatt der Trinitatisgemeinde in Dresden stand zu der Zeit, als der amerikanische Affenprozeß spielte, u. a. folgendes zu lesen: „Der Darwinismus muß jeder stamme Christ als eine mit dem biblischen Christentum unverträgliche Lehre ablehnen. . . . Der Darwinismus . . . ist eine bloße Annahme, eine gelehrte Hypothese. . . . Diesen Darwinismus gegen die christliche Lehre auszuspielen. . . . das kann sich der Christ bei aller Hochachtung vor der Naturwissenschaft nicht bieten lassen. Wir halten fest an Worte Gottes, und eine bloße Naturwissenschaft wird es niemals beitreten.“ Dieser Fall zeigt die volle Unmöglichkeit, die Volksschule auf andere als auf die Grundlagen zu stellen, auf denen das gesamte deutsche Bildungswesen beruht. Jeder andere Weg führt in der letzten Wirkung notwendig zu einem unlöslichen Konflikt und damit zu jener Erschütterung der Religion, die wir genau so beklagen, wie diejenigen, die sich als ihre besonderen Hüter betrachten.

Wird es uns gelingen, bei den kommenden Kämpfen die Volksschule vor diesem Schicksal zu bewahren?

Die parlamentarische Macht der Opposition ist dazu an sich nicht stark genug. Die Schlüsselstellung im kulturpolitischen Kampf hat die Deutsche Volkspartei.

Wie wird sie sich stellen? Die Organe der Rechten sind ängstlich bemüht, den drohenden kulturpolitischen Dammbruch zwischen den Koalitionsparteien zu verstopfen, indem sie in jedem Akt, der sich zeigt, neue Säde von Schlagworten hineinwerfen. Wir sind gezwungen, die Hoffnung nicht aufzugeben, daß die seit dem Schließlichen Schulgesetz einsehende liberale Bestimmung uns in der Volkspartei einen Bundesgenossen schafft. Sind nicht die Parteien der letzten Kulturtagung der Volkspartei der Entstehung unseres Kulturgesetzes fast gleich?

Und hat nicht Stresemann diese Parteien wie brennende Fackeln der Freiheit ins Land geschleudert? Stresemann hat den Stand der Kontraktfrage in Preußen bedauert, und er hat gesagt: „wenn unsere Partei in der Lage gewesen wäre, im Verlauf der letzten Jahre auf die Entwicklung praktisch stärkeren Einfluß zu nehmen, so wäre die Lage in bezug auf das preussische Kontrakt eine andere als jetzt.“ Das kann doch nur heißen, daß die Volkspartei in der Frage des preussischen Kontrakts sogar noch ablenkender gewesen wäre als die Sozialdemokraten und die Demokraten. Stresemann wünscht offenbar nicht, daß diese Fragen durch ein Kompromiß erstickt und abgedeckt, sondern daß sie in voller grundsätzlicher Schärfe und Klarheit ausgetragen werden, damit der deutsche Bürger einmal wieder um andere Güter kämpfen lerne als um Haussteuer und Handelsverträge.

Wenn Konfessionen ihren Dogmen absoluten Charakter geben, so muß uns die Freiheit ein ebenso unantastbarer Grundgesetz sein. Und in dieser Freiheit wird erst der Kampf wirklich eine Bekämpfung des deutschen Idealismus sein.

Aber es scheint, als sollte dieser Idealismus noch einmal auf Werts gesetzt und dem Anbruch der geistesgeschichtlichen Epoche nach ein Moratorium gewährt werden.

Für die Deutsche Volkspartei hoffen wir, daß der Same dieses Kulturgesetzes durch einen „Reiß in der Frühlingssnacht“ nicht getötet werde. Liberale Parteien sind doch wohl jetzt in der Opposition am richtigen Platze.

Und so bleibt nur noch ein Wort über unsere Aufgabe in der Opposition zu sagen. Wir wollen positive Opposition machen, indem wir einerseits die Regierungsparteien zu Entschlüssen drängen, zu denen sie als solche nicht die Initiative nehmen würden. Auf kulturpolitischem Gebiet haben wir beispielsweise beim Etat einen solchen produktiven Beschluß: die Herbeiführung einer größeren Einheitslichkeit des deutschen

Schulwesens durchgeführt. Aber andererseits wollen wir diese Stellung in der Opposition benutzen, um die eigenen Ideen klar und unmissverständlich herauszustellen und unsere Gefinnungsgenossen auch über die Grenzen unserer Partei hinaus zu sammeln.

Das wird eine dankbare, aber keine leichte Aufgabe sein. Denn wir haben außer mit den kulturpolitischen Wierbänden in der Tat mit der Tendenz des deutschen Spitzbürgers zu tun, in der Politik nur noch seine engsten wirtschaftlichen In-

Gehört Sie das an?

Haben Sie schon in diesem Jahre für die Partei ein Mitglied gewonnen? Wenn nicht, dann bereiten Sie sich, damit wir Sie in die Riste der Förderer eintragen können.

Jeder organisierte Demokrat hat im Laufe dieses Jahres der Partei ein neues Mitglied zuzuführen.

teressen des Schweißes der Edlen wert zu halten und sich selbst als Bürger für alle außenpolitischen, staatspolitischen und kulturpolitischen Fragen auszusprechen.

Wir wollen hoffen, so schloß die Vortragende, daß das deutsche Bürgertum, das zum Träger einer großen, freien, wahrhaft politischen und wahrhaft geistigen Auffassung des deutschen Volksstaates vor allen anderen Volkstümern berufen wäre, den Weg aus der Engigkeit der politischen und geistigen Reaktion und der Kleinigkeit Befangenheit in nächsten Interessen wieder herausfindet und dem Worte „Demokratie“ doch endlich noch einen kräftigen und stolzen Sinn zu geben versteht. (Stimmlicher langanhaltender Beifall.)

Ueber Mittelstandspolitik

Dr. Bollinger-Bremen.

Der Redner führte u. a. aus:

Die Deutsche Demokratische Partei hat kürzlich in einer einmütigen Mittelstandsversammlung den Parteifreunden aus dem gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand Gelegenheit gegeben, die dringlichen Fragen der Mittelstandspolitik zu erörtern. Damit diese Behandlung der Einzelfragen fruchtbar wird, ist eine grundsätzliche Bestimmung über die Prinzipien der Mittelstandspolitik und die Wege ihrer Verwirklichung erforderlich.

Die Grundsätze müssen unseres Erachtens für eine moderne Mittelstandspolitik maßgebend sein, wobei wir unter Mittelstand die selbständigen Schichten in Handwerk, Einzelhandel und Gewerbe verstehen.

Die Mittelstandspolitik muß einmal geleitet sein vom Geiste der Verfassung vom Geiste der Demokratie. Die Verfassung wolle die Gleichberechtigung des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes nicht zu Gunsten irgendwelcher sozialen Theorien angetastet wissen.

Zweitens muß die heutige Mittelstandspolitik aus liberalem Geiste geboren sein. Wenn auch Spengler gesagt hat, daß der Liberalismus eine Sackgasse für Tröpfe ist, so hat in den Fragen der Gewerbesteuerpolitik die Einwendung des Liberalismus recht gegeben. Dieser hat von jeder unter grundsätzlicher Beibehaltung der Gewerbesteuer und Ablehnung von Zwangsregelungen, wie der Einführung eines allgemeinen Beschäftigungsnachgesetzes, die Interessen von Handwerk und Kleinhandel durch Maßnahmen einer vom Staat geförderten Selbsthilfe zu schützen gesucht, im Gegensatz zu den Parteien, die erst in den letzten Jahrzehnten sich auf den Boden einer neuerfindlichen Handwerkerpolitik gestellt haben. Liberale Mittelstandspolitik bedeutet, daß die Freiheit und Selbständigkeit des einzelnen gewerblichen Unternehmers nicht nur für erforderlich gehalten, sondern auch sichergestellt wird. Daran ergibt sich die Notwendigkeit eines staatlichen Eingreifens in einem gewissen im einzelnen näher zu bestimmenden Umfang zu Gunsten des Mittelstandes. Wenn der frühere Liberalismus sein Ziel hauptsächlich in der Befreiung von hemmenden Fesseln erblickte, so muß der gegenwärtige Liberalismus an die Stelle der spröden Freiheit, die zur Willkür des Starken über den Schwachen führt, den Grundgedanken der geordneten Freiheit setzen.

Das dritte Prinzip der Mittelstandspolitik ist aber der soziale Gedanke. Er findet seinen Ausdruck in der Idee der Korporation. Diese ist der einzige Ausweg, um im Jotalter der Verbandswirtschaft die Freiheit dem einzelnen Unternehmer wiederzugeben. Sie ist ferner Mittelglied zwischen Staat und Individuum. Aus einer sehr hunderttelangen Geschichte ist der Wille der Organisation namentlich im Handwerk erklärlich.

Auf zwei Wegen verläuft der Mittelstand sich heute durchzusetzen. Einmal durch die Berufsorganisationen des Handwerks und des Einzelhandels, aufgebaut auf lokalen Fachverbänden (Zunungen) und mündet in die beiden Spitzenverbände: Reichsverband des deutschen Handwerks und Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels. Daneben haben sich schon vor dem Kriege die Gruppen des Mittelstandes zum Teil allein, zum Teil mit anderen Berufsgruppen zu besonderen Mittelstandsverbänden zusammengeschlossen. Nach dem Kriege hat sich des Mittelstandes als Folge einer vielfach verfehlten Gesetzgebung und rigoro-

sen Verwaltungspraxis auf steuerlichem und sozialistischem Gebiet, des Verarmungsprozesses des Mittelstandes während der Inflation und der sozialistischen Kampfnachkriegsversuche in vielen Gemeinden, eine Bewegung bemächtigt. Diese will nicht nur wirtschaftlich, sondern auch durch engere politische Vertretungen den Interessen des Mittelstandes wahrnehmen. Wenn auch der Schwierigkeit unserer politischen Verhältnisse und der Not des Gewerbes entzündende Drang zum selbständigeren Zusammenschluß verständlich ist, so ist eine allgemeine Abkehr des Handwerks und Einzelhandels von den Parteien als den Trägern des politischen Lebens gefährlich sein. Sie würde nicht nur den Interessen des Staates widersprechen, sondern auch die Arbeit der Berufsverbände und der Gewerkschaften aufheben. Diese berufenen Organisationen ist zu danken, daß ein großer Teil der vor dem Kriege im wieder erhobenen Wünsche des Mittelstandes erfüllt wurde und daß die Mittelstandsbewegung auf der Grundlage des einzelnen Berufes zu positiven Zielen gelangte.

Die für die künftige Mittelstandspolitik maßgebenden Grundsätze eines demokratischen und sozialen Liberalismus lassen sich nur durch Verwirklichung und Beachtung der Stellung und Bedeutung des Mittelstandes in der heutigen Wirtschaft. Im Gegensatz zu früheren Untergangsbewegungen hat sich der Klein- und Mittelbetrieb vor dem Kriege gut behauptet. Die Fortschritte der Technik und der Kapitalkonzentration sowie die Verschönerung des Handels haben manchen Handwerker zum Erliegen gebracht, andere dagegen, z. B. in der Elektrotechnik und Mechanik, neue Erfolge. Wichtiges gilt vom Einzelhandel.

Die Lage des Handwerks und Einzelhandels ist heute deutlicher als früher abhängig vom Gesamtschicksal der deutschen Wirtschaft. Die Klagen des Handwerks namentlich in feinerlicher Beziehung werden von den meisten Parteivernehmungen geleitet. Die zu lösende Frage ist, ob und in welchem Umfang Gesetzgebung und Verwaltung den Forderungen des Mittelstandes entsprechen kann. Wir halten daran fest, daß möglichst frühzeitige geübte und Selbsthilfe und Selbstverwaltung in den Berufsverbänden und Organisationen müssen die Voraussetzung bilden für die Verwirklichung des Mittelstandes an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse. Dazu gehören die Selbsthilfe einrichtungen, z. B. die freiwillige Berufshilfe von Handwerk und Kleinhandel, ebenso wie alle Bestrebungen, die die Produktivität des einzelnen Betriebes durch bessere technische Einrichtungen, Kenntnisse und Betriebsführung zu heben. Für den Einzelhandel verdienen die neuesten amerikanischen Großgeschäftsmethoden dringliche Beachtung.

Dem Staat sind drei Aufgaben zu stellen. Er zu erstens die Selbsthilfebestrebungen (Zunungen, Kaufmannvereine, Gewerkschaften) zu ermöglichen und zu fördern. Zweitens muß er bestimmte Maßnahmen verbinden und insbesondere die für die Betriebe des Mittelstandes besonders wichtig sind, dazu gehört die Tätigkeit der Monopolverbände und des Einzelhandels, die Förderung der Konsumvereine und die Abschaffung der Zwangsarbeit. Der Staat hat drittens gewisse positive Maßnahmen zur Förderung des Mittelstandes zu ergreifen. Dazu gehören Erleichterungen auf dem Gebiete des Steuerwesens, insbesondere der Realsteuer im Sinne der Fortführung der Kleinholdischen Finanzpolitik, Förderung der Bauwirtschaft und des Auftrags- und Submissionswesens, ferner die Befreiung der Mittelstände bei Ausverkauf, im Einzelhandel und Einzelhandel. Mit großer Sorge betrachtet endlich der Mittelstand unsere bisherige Handels- und Zollpolitik, ebenso wie die soziale Gesetzgebung, die die Interessen des Gewerbes sehr wenig Rücksicht nimmt.

Seitdem der Mittelstand, insbesondere das Handwerk von der kapitalistischen industriellen Welt erformt worden ist, liegt er im Kampf. Dieser Kampf hat die Form einer Bewegung angenommen. Sie entspricht einer wirtschaftlichen und sozialen Not. Ihre Ursachen sind nicht immer richtig erkannt worden. Nicht immer sind richtige M-

Gehören Sie schon der Deutschen Demokratischen Partei an?

**Wenn nicht,
stärken Sie bitte die Demokratie
durch Ihren Beitritt.**

änderungsvorschläge gemacht. Daran ist festzuhalten, daß die Lage des Mittelstandes abhängig ist von der Stellung des Volkswirtschafts. Ob der künftige Bedarf mehr Maßnahmen oder mehr Qualitätsbedarf sein wird, läßt sich noch nicht übersehen. In beiden Fällen werden die Dienste von Handwerk und Einzelhandel nicht zu entbehren sein. Als Gestalter des individuellen Geschmacks hat der Mittelstand ein vornehmliches Interesse an Qualitätsbedarf. Ihn zu wecken und zu befriedigen, ist eine Erziehungs- und Bildungsaufgabe. Solche Erziehungsaufgabe soll die Bedeutung des Könnens innerhalb unserer Kultur steigern und vertiefen. Das Symbol dieses Könnens ist und bleibt Handwerk, Gewerbe und Einzelhandel. (Stimmlicher Beifall.)

(Fortsetzung folgt)

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag
Ludwig Münz, Magdeburg.

Druck: Buchdruckerei Hugo Wppers (Wlg. 3tg.), Dessau.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Preis: 10 Pfennige monatlich, 60 Pfennige vierteljährlich, 2 Mark jährlich. — Bestellungen nehmen alle Buchhändler, Verleger und Buchbinder entgegen. — Druck: H. G. Schmidt, Leipzig, Poststraße 10. — Vertrieb: H. G. Schmidt, Leipzig, Poststraße 10. — Anzeigenpreis: Für die zeichnerische Millimeter-Feile 10 Pfennige. — Anzeigen im Voraus zu zahlen. — Anzeigenannahme durch den Verlag des Politischen Wegweisers, Halle (Saale), Poststraße 10. Nr. 47. — Druck: H. G. Schmidt, Leipzig, Poststraße 10. Nr. 47. — Schriftleitung: Halle (Saale), Poststraße 10. Nr. 47. Fernruf: Nr. 1277.

Verlag: H. G. Schmidt, Leipzig, Poststraße 10. Nr. 47. — Druck: H. G. Schmidt, Leipzig, Poststraße 10. Nr. 47. — Schriftleitung: Halle (Saale), Poststraße 10. Nr. 47. Fernruf: Nr. 1277.

Nummer 19

Halle (S.), 7. Mai 1927

3. Jahrgang

Die Weltwirtschaftskonferenz.

Im Reformationsjahr zu Genf — Das schmollende Spanien — Rußland, Amerika und die Türkei auf der Konferenz — Unselige Folgen der Friedensverträge — Das Problem der Rohstoffverteilung — Italienische Drohungen — Schulden und Damesplan — Die Aufzehrungen Lamonts — Die fressenden Rüstungen — Poincaré neue Rede — Das halbstarre System — Die Befestigung der Obergrenzen — Vertragstreue — Die Präambel zu Teil 5 — Die vergrößerte Räumung — Abschlagszahlung in Sicht? — Vor einer innenpolitischen Krise — Kabinettsabstimmungen — Gefahren in Preußen? — Die brüchige Koalition.

Im Reformationsjahr zu Genf, der sonst den Zweiten Weltkrieg blickt, ist die Weltwirtschaftskonferenz zusammengetreten. Es ist wohl das erste Mal, das versucht wird, die großen Probleme der Weltwirtschaft nicht nur zwischen Wälfen, sondern sogar zwischen Völkern zu lösen. Von den 56 Staaten, die sonst am Lac Lemane vertreten sind, haben nur 47 die Einladung angenommen. Das Fehlen der übrigen besagt wenig, da sie an dem Weltbündnis nicht im eigentlichen Sinne angeschlossen sind. Selbstverständlich, daß Spanien, noch immer grollend über den entgangenen Ratstag, die Einladung abgelehnt hat. Das ist umso bedauerlicher, als vielleicht gerade dieses Land durch die Entwicklung der Luftschiffahrt und als Ausfallort nach dem russischen Sibirien eine besondere Bedeutung gewinnen kann. Später, wenn sich die Erbitterung über ein Vorkriegs- und Madrid gelegt haben wird, dürfte sich auch hier eine Brücke schlagen lassen. Die Bedeutung der Konferenz liegt vor allem darin, daß drei Mächte dort mit äußerster Aufmerksamkeit erscheinen, die sonst Genf mit unerbittlicher Abneigung gegenübersehen. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die Türkei und vor allem Rußland. Noch läßt sich das Ergebnis dieser Besprechungen nicht im entferntesten voraussagen. Es ist ein erster Versuch, von dem niemand weiß, wie er ausfällt. Die Hilfe der Konferenz ist ein mehrwöchentliche Verhandlung, die sich vermutlich in den Unterhandlungen abspielen werden. Was im Vordergrund steht, ist die Zollfrage, und hier ist es besonders wichtig, daß selbst von Frankreich, die von Londoner offen zugegeben wird, die Vertreter von England und St. Germain hätten mit der Aufzehrung von Staaten das Jollensverhältnis. Es kommt alles darauf an, daß diese Erkenntnis sich auch praktisch in Tat umsetzt und daß man den Rat findet, über die Obergrenzen zu Entscheidungen zu drängen, die dem Europa auch weiter gerüttelten Hochschulzoll-Ansatz ein Ende bereiten.

Das zweite, nicht minder wichtige Problem ist das der Rohstoffverteilung. Wenn Scario vor wenigen Tagen erklärt hat, Italien müsse Kolonien und Rohstoffe haben, so gilt das auch für andere überforderte Länder. In diesem Zusammenhang, nur daß sie nicht die sehr verlässliche Drohung daran knüpfen, sich diese Rohstoffgebiete mit den Waffen in der Hand zu erkämpfen. Als Divergenz zur Weltwirtschaftskonferenz, die doch friedlichen Ausgang nahe gemacht werden soll, liegt das etwas reichlich alarmierend. Es sind Töne la Troubadour, oder Vida, die man ja in Italien besonders liebt, für die man aber außerhalb der Apenninenhöhen weniger Verständnis hat. Die Rohstofffrage ist Europa solange überhaupt nicht zu lösen, als Rußland sich abschießt, denn das ehemalige Jarenreich wäre das größte Rohstoff-Reservoir der alten Welt, wenn es sich erschließen werden könnte. In dem Augenblick, wo man sich in Moskau dazu durchringt, das Handelsmonopol zu schaffen und auf dem ganzen Bolschewismus als Wirtschaftstheorie zu verlagern, wäre Europa in der Lage, sich die Ausnahme ganz weniger Produkte wie etwa Baumwolle, selbst zu verschaffen. Bis dahin aber besteht die Abhängigkeit von Amerika, und das Problem lautet nicht Rohstoffverteilung, sondern Finanzierung des Rohstoffverkehrs. Diese finanzielle Frage wird überhaupt, wenn eine Konferenz einer Sinn haben soll, zur entscheidenden werden. Daneben verdrängt alles andere, wie Vertragstreue, Bisse, rechtliche Bindungen usw., so bedeutet sie an sich auch sein mögen.

Das Finanzproblem läßt sich auch auf eine andere Formel bringen. Es ist die Schuldnerabhängigkeit der europäischen Nationen von Amerika, erschwert noch durch die Verflechtung untereinander. Könnte man heute im eigenen Hause den Mut aufbringen, die Kriegsschulden zu tilgen, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß sich nicht auch die deutschen Reparationsverpflichtungen erledigen, so würde der Kauf der Rohstoffe keinerlei Schwierigkeiten mehr machen. Europa hätte das Geld, um Amerika keine Produktionsüberschüsse abzumöhen, die man nicht mehr in verengten Jahren der Weizen und Baumwolle verbrannt werden müßten. Daß jetzt die Hochwasserkatastrophe des Mississippi genalige Verflechtungen gerade in den Baumwollgebieten angerichtet

hat, was zu einer Preissteigerung notwendig ist, und für alle amerikanischen Baumwollfarmen geradezu Rettung bedeutet, zeigt, daß es sich hier eben um eine Absatzfrage handelt, die lediglich finanzieller Natur ist. Der Bedarf wäre ungeheuer, wenn das Geld vorhanden wäre, und dieses Geld wäre vorhanden, wenn es die Kreditoren nicht zur Bezahlung der Schulden aus den Krediten herauspumpen müßten. In Washington und New York hat man sich zu dieser Erkenntnis auch schon durchgesetzt. Führende Männer der Wirtschaft und des Bankwesens haben in den letzten Tagen in diesem Sinne öffentlich gesprochen. So Sterer, der amerikanische Mitglied des Transferrates war, und vor allem Lamont, der Mitinhaber des Hauses Morgan. Eine solche Meinung ist aber schwer vollständig zu machen. Keine Partei weiß recht, ob sie das wagen darf, ohne sich einer Niederlage bei den nächsten Wahlen auszuliefern, und Demokraten (sowohl wie Republikaner) sind sich darüber klar, daß eine solche großzügige Entscheidung nicht nur wirtschaftlich günstig, sondern auch politisch verhängnisvolle Folgen haben könnte. Man würde einzelnen Staaten, wie etwa Frankreich und seinen Verbänden im Osten geradezu das Geld in die Hand drücken, mit dem sie neue Rüstungen beschaffen. Ein solches friedliche Tat würde vermehrt sich zu einer Kriegserklärung werden. Im Grunde genommen sind Männer vom Schlage Poincarés nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich ein Verhängnis für Europa.

Poincaré hat bei der Eröffnung des Generalrats des Handelsdepartements eine Rede gehalten, die sehr stark unter dem sechsten Eindruck der Heimat stand. Die deutsche Grenze ist zu nah, und der Ministerpräsident als geborener Lothringer hat hier in Jugender Jahren seinen ganzen Haß gegen das Reich eingeworfen. Da er ohnedies keine sehr bewegliche Natur ist, sondern ja ein einmal gefassten Ansichten festhält, so nimmt es auch nicht Wunder, wenn er in liebgewordenen Gepflogenheiten zurückfällt. Populäre höflich, er wäre wieder der alte geworden. In Wirklichkeit ist er sich immer treu geblieben, das sollten auch wir als seine Gegner anerkennen. Keine Jugendstimmung, die er gelegentlich macht, weil es wirklich nicht mehr anders geht, zeigen seinen Wandel an. Er ist nur vom klaren System zum halbstarren übergegangen, nachdem ihm seine schwere Niederlage im Ruhrkampf, der besser gesagt bei den darauf folgenden Wahlen gezeigt hat, daß die Nation nicht ganz so will wie er. Wenn er die Wirtliche am Hereset und die Verringerung der Dienstleistungen als Beweis ehelicher Friedensliebe gefordert hat, so handelt es sich hier um einen Wollaten. Sicherlich versteht er nichts von militärischen Dingen, aber die Sachverständigen haben es ihm gesagt, denn sonst wären die Vorträge nicht eingebracht worden, daß dadurch eine Konzen-

Demokraten, führt eure Kinder der Demokratischen Jugend

Die tration der Kräfte erreicht, daß man also nicht so wäher, sondern stärker werde. Im Frankreich ist heute im Kriegsfälle jeder Soldat oder dienpflichtig. Das deutsche System ist schon im voraus bis zur höchsten Vollendung ausgearbeitet worden. Mit der Friedensliebe ist es also nicht ganz soweit her. Poincaré kann sich auch nicht darauf berufen, daß Frankreich von bewaffneten Großmächten bedroht ist. Die Tatsache an sich wäre richtig, nur ist es denn umso wunderbarer, daß alle neuen Befestigungen an der Obergrenze vorgenommen werden, während man an gleichen Maßnahmen an den Saoyen Alpen nichts hört.

Poincaré hat auch von Vertragstreue gesprochen, ganz abgesehen von den üblichen Forderungen nach Sicherheit und Erfüllung finanzieller Verpflichtungen. Den Garantiepakt von Locarno hat er inwieweit offenbar vergessen, obwohl Deutschland damals die größten Opfer dem französischen Wunsch nach Garantien gebracht hat. Ueber die Frage der Erfüllung aus dem Damesplan redet man besser in anderem Zusammenhang. Sie sind eine Frage der Weltwirtschaftskonferenz, wohl aber ist es notwendig, auf den Begriff der Vertragstreue einmal einzugehen. Wir haben bis zur Selbstauspöcherung alle Forderungen des Friedensvertrages erfüllt. Wenige Restposten werden im Laufe des nächsten Monats ausgeglichen werden. Es handelt sich um die Damesplan. Nun aber die Gegenfrage: Hat Frankreich seine Verpflichtungen erfüllt? Die Präambel zu Teil 5 des Friedensvertrages bestimmt, daß der deutsche Wirtliche automatisch die der anderen zu folgen hat. Paul-Boncour hat in Genf das ausdrücklich anerkannt, wie es ja auch in dem Notenwechsel von Locarno nicht bestritten worden ist. Statt dessen hören wir nun immer wieder, daß Frankreich gewappnet kein muß und sehen, wie es jeden ehelichen Versuch zur Verminderung der Heeresstärke bewußt sabotiert. Die englische Frage des politischen Vertreters auf der Abrüstungskonferenz, ob Deutschland das etwa zum Anlaß nehmen wolle, sich vom Friedensvertrage loszulösen, ist von uns verneint worden, doch besteht nicht der mindeste Zweifel darüber, daß Vertragsuntreue des einen Partners, dem anderen zur Aufhebung des Vertrages berechtigt. Ebenso steht es mit dem Artikel 431, der uns die frühere Räumung der Rheinlande zugesichert. Es sind ja gerade jetzt Schritte in Vorbereitung, um diese Frage wieder aufzurollen, doch ist leider anzunehmen, daß es bei einer Abschonung bleibt. Die Herausziehung einiger Regimenter aus dem Rheinland, die Bevölkerung Friedensvertrages sollte in

vor einer Entscheidung von heute einige Zeit der Kabinett reise der Weisse den Tag zu wenig genäh zu frühe Frage durch eine Abtreibung. Der Fall ist gar nicht gleichgültig. Die Differenzen zwischen uns sowie Handels und Handels in Westdeutschland. Umverfüglichkeit der Partei. Es ist geschlossen, daß die Reichsregierung zum Reichstag zurück zum Zentrum erwidert wird und daß es darüber auch zu einem Bruch in der jetzigen Koalition des Landtages kommt. Sehr ängstlich soll man diese Dinge nicht betrachten, weil die Möglichkeit einer Neubildung gar nicht vorhanden ist, da hier sich die Volkspartei verlagern muß. Eine Landtagsauflösung kann immerhin in Betracht kommen, doch fürchten wir sie nicht. Ebenso wie wir eine Neuwahl im Reich zur Klärung für notwendig halten. Um das Bild der Verwirrung zu vervollständigen, braucht man auch nur auf die Meinungsverschiedenheiten in den außenpolitischen Fragen hinzuweisen, wo Zentrum und Volkspartei gegen die Deutschnationalen zusammenfallen. Die ständigen Angriffe der Rechten gegen die bisher geübte Politik dürften auch Herrn Marx zu der Erkenntnis bekehrt haben, daß man mit Mostar und Genossen gemeinsam nicht den Weg von Thoiry und Locarno weiter beschreiten kann. So drängt alles zu einer gewaltsamen Lösung.

Richard Marx

